

Wenn die Politik wissenschaftliche Erkenntnisse negiert

Gastkommentar. Ein Alarmruf aus Wien von zehn europäischen **Rektorenkonferenzen**.

VON ELISABETH FIORIOLI

Stop giving power to people who don't believe in science.“ Dieser leidenschaftliche Aufruf für die Wissenschaft kam beim Global Climate Action Summit 2018 in San Francisco über die Lippen von Harrison Ford. Sein Appell hat große mediale Aufmerksamkeit gefunden. Man kann ihn wohl als offene Kritik an Donald Trump verstehen, der das Ignorieren bzw. bewusste Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse zum strategischen Prinzip seiner Politik erhoben hat. Wenn Politik wissenschaftliche Erkenntnis negiert, hat das fatale Folgen – und am Beispiel des Klimawandels scheint sich dies gerade drastisch zu zeigen.

Ist blankes Leugnen das eine Extrem, wie populistische Politik mit Fakten umgeht, so ist es eine nicht minder bedenkliche andere Form, sich vage auf Wissenschaft zu berufen, um sich einer sachlichen Diskussion zu entziehen.

Auch hier muss man nicht lang nach Beispielen suchen: Die Frage, wie Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein bei der Gesundheitsreform auf die Gesamtsparungen von einer Milliarde Euro kommt, beantwortete sie in einem ZiB-Interview so: „Wenn so viele Experten das schon berechnet haben, brauchen wir nicht auch noch etwas berechnen.“ Und als Vizekanzler Heinz-Christian Strache jüngst erklärte, über die Ursachen des Klimawandels ließe sich „trefflich streiten“, hatte er damit keine seröse Einlassung auf einen wissenschaftlichen Diskurs im Sinn, sondern die Relativierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen als bloße Meinungen, die man eben so oder so betrachten könne.

Wissenschaftsfeindlichkeit

Diese Art von Wissenschaftsfeindlichkeit ist nicht etwas, das einen kleinen Kreis von Forschern im „Elfenbeinturm“ betrifft. Sie zeigt ihr Gesicht in jenen ideologiegetriebenen Bewegungen, die in erschreckender Weise auch in Europa im Aufstieg sind und die den

demokratischen Charakter unserer Gesellschaften bedrohen. Die Sorgen über soziale Desintegration, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz und postfaktische Propaganda haben dazu geführt, dass jüngst zehn europäische Rektorenkonferenzen auf Einladung Österreichs eine gemeinsame „Wiener Erklärung – Universitäten im Zeichen der Aufklärung“ unterzeichnet haben.

Die „Wiener Erklärung“

In dieser „Wiener Erklärung“ waren die Vertretungen von Deutschland, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien und der Tschechischen Republik vor der Aushöhlung von akademischer Freiheit, der wissenschaftlichen Integrität und der Autonomie der **Universitäten**. Sie bekennen sich auch zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und zu ihrer Entschlossenheit, diese Freiheit als eine Errungenschaft der Aufklärung gemeinsam und aktiv zu verteidigen: „Als Hochschulen [...] werden wir weiterhin aufmerksam bleiben und rufen unsere Regierungen dazu auf, die bisherigen Errungenschaften im Sinne eines starken Bekenntnisses zu Europa und zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Maßnahmen auf politischer Ebene zu garantieren“, heißt es im Appell.

Was wir also brauchen, ist eine Politik, die nicht Wissenschaft im Mund führt, wenn es ihr ins Konzept passt, sondern die deren Errungenschaften verteidigt. Und wir brauchen eine Politik, die sich darum bemüht, ihre Entscheidungen bestmöglich auf wissenschaftliche Evidenz zu gründen.

Wissenschaft ist das Fundament einer gedeihlichen gesellschaftlichen Entwicklung, und die Universitäten werden nicht aufhören, aufklärendes Licht in diesen Prozess zu bringen.

Mag. Elisabeth Fiorioli (* 1967 in Graz) ist Generalsekretärin der **Österreichischen Universitätenkonferenz**

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON KARL-PETER SCHWARZ



Fake News jetzt also auch im „Spiegel“! Wer hätte das gedacht...

Die betrügerischen Reportagen des preisgekrönten Journalisten wären längst entdeckt worden, hätte man auch das linke Leitmedium auf Fake News überprüft.

Es gibt gute Gründe, sich 2019 mit Gelassenheit zu nähern. Das Jahr 1968 wird dann nämlich 51 Jahre her sein, der Geburtstag von Karl Marx 201 und die Gründung der Republik nebst Einführung des Frauenwahlrechts 101 Jahre, was uns im kommenden Jahr etliche Beweihräucherungen ersparen dürfte. Das mit Marx tut mir persönlich ein bisschen leid, denn ich hätte gern noch einmal den Vorschlag unter die Leute gebracht, den ominösen Heiligenstädter Gemeindebau in Eugen-von-Böhm-Bawerk-Hof umzutauften.

2019 hebt lockerer an: 1. Jänner Museumstag, 18. Jänner Tag der Blockflöte, 21. Jänner Weltkuscheltag. Heftige metapolitische Kontroversen sind in nächster Zukunft also eher nicht zu erwarten. Das gibt uns die Muße, ein paar Schritte zurückzutreten, tief durchzuatmen und uns vor Augen zu führen, welch derbe Scherze uns die Geschichte letztens zugemutet hat.

Beginnen wir mit der jüngsten „Spiegel“-Affäre. Da hat ein redaktioneller Jungstar namens Claas Relotius (kein Schmä, der heißt wirklich so) der Reihe nach die renommiertesten Journalistenpreise der Welt eingeheimst, CNN erhob ihn sogar zum „Journalist of the Year“. „Ein bereits vielfach preisgekrönter Autor, ein journalistisches Idol seiner Generation“, schwärmte der „Spiegel“, der sich vor lauter Zerknirschung krümmt und buckelt, seit herauskam, dass dieses journalistische Supergenie seine preisgekrönten Reportagen fingiert und vieles entweder abgeschrieben oder schlicht und einfach erfunden hat.

An die 60 Relotius-Storys brachte allein der „Spiegel“, weitere erschienen sogar in seriösen Publikationen wie der „Neuen Zürcher Zeitung“ und der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Warum das so lang nicht auffiel? Weil Relotius, der sich auf rührselige Flüchtlingsgeschichten spezialisierte, ein linker Aktivist ist, weil er genau das schrieb, was der Mainstream heute gern veröffentlicht.

Journalistische Sittenwächter, die sich inbrünstig der Dekonstruktion rech-

ter „Fake News“ widmen, kamen gar nicht auf den Gedanken, sich auch den „Spiegel“ näher anzuschauen. „Uns ist bewusst, dass der Fall Relotius den Kampf gegen Fake News noch schwerer macht“, schreiben die „Spiegel“-Chefredakteure. Das Gegenteil ist der Fall, jetzt geht er erst richtig los, aber halt nicht nur gegen rechts.

Es ist alles sehr kompliziert geworden. Das herkömmliche Schema, das auf die Französische Revolution zurückgeht, teilt die Welt horizontal in „links“ und „rechts“ und vertikal in „unten“ und „oben“. Links korreliert mit „unten“, rechts mit „oben“. Wer heute noch mit diesen Kategorien operiert, versteht bald gar nichts mehr.

“ Die journalistischen Sittenwächter kamen gar nicht auf den Gedanken, sich auch den „Spiegel“ einmal näher anzuschauen.

Zum Beispiel die Liebe der Linken zu George Soros. Es ist kein Wunder, dass ihn die „Financial Times“ heuer zum „Mann des Jahres“ kürte, sie gehört ja gemeinsam mit dem „Economist“ und dem „Wall Street Journal“ zu den Zentralorganen des globalen Kapitalismus. Soros hat das Prinzip der Privatisierung auf die Spitze getrieben, als Spekulant wie als „Philanthrop“. In der ersten Rolle hat er so viel Geld verdient, dass er sich in seiner zweiten eine private Außenpolitik leisten kann, die effizienter ist als die vieler Staaten. Man muss in der Geschichte lang suchen, um eine Persönlichkeit ähnlichen Zuschnitts zu finden.

Leute seiner Art werden von der Linken in der Regel als „Heuschrecken“ beschimpft. Bezogen auf Soros ist es allerdings schon verboten, ihn einen „Spekulanten“ zu nennen, obwohl er seinen Reichtum unbestritten Währungsspekulationen verdankt. Denn die Bezeichnung „Spekulant“ könnte ja auch in Bezug auf Soros als Antisemitismus ausgelegt werden.

„Ich war immer Opportunist und bin damit ganz gut gefahren“, scherzte vor Jahren einmal ein lieber Kollege. Das waren noch Zeiten. So schnell, wie es heute nötig wäre, kann man sich gar nicht mehr drehen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor: Karl-Peter Schwarz war langjähriger Auslands-korrespondent der „Presse“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Mittel- und Südost-europa. Jetzt ist er freier Journalist und Autor (kairos.blog).

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner

eingeläutet werden. Diesen polemischen Schenckelklopfen möchte ich in aller Einfachheit entgegenhalten: Ein mehrere Geschlechter einschließender Begriff wird insbesondere dort verwendet, wo es die wissenschaftliche Genauigkeit gebietet. Wir dürfen gespannt sein, welche Blüten Bretschneiders Verzicht darauf im neuen Jahr noch tragen wird.

Johannes Blindhofer, 1080 Wien

Warum prüft nicht RH?

„...Lackner prüft Lackner im Fall Schwarz“, von D. Neuwirth, 21. 12. Die Meldung über finanzielle Turbulenzen in der Kirche Kärntens, im Speziellen in der bischöflichen Mensa, also dem Tafelgut des Bischofs, lassen bei vielen die Frage aufkommen: Warum prüft nicht der staatliche Rechnungshof in Ergänzung zu den bischöflich ernannten Prüfern? Die Frage gilt auch für die kirchlichen Finanzen und für die Verwendung der aufgrund eines staatlichen Gesetzes aus der NS-Zeit eingehobenen Kir-

chenbeiträge, die steuerlich abgesetzt werden und für die alle Steuerzahler mitzahlen.

Ao. Univ.-Prof. i. R. Rudolf K. Höfer, 3550 Langenlois

Für Lastkraftwagen ein „Nachsichtigkeitserlass“?

„...Am Ende der Entschleunigung?“, von Timo Völker, 17. 12. Völker erwähnt im Zusammenhang mit einer Untersuchung von Prof. Ernst Pucher von der TU Wien, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Lkw 80 km/h wäre. Die Lebensrealität ist eine andere, gefühlte unter 10 % der Lkw-Fahrer halten sich daran (auf Autobahnen! Auf anderen Freilandstraßen sind es 60–70 km/h!), was offiziell akzeptiert wurde, wie aus den Schildern „80 km/h für Lkw von 22:00–5:00“ hervorgeht, die andernfalls nicht notwendig wären. Eine Reduktion der Lkw auf diese gesetzliche Höchstgeschwindigkeit würde also eine massive Entlastung vor allem in Städten mit hohem Autobahnanteil im

Stadtgebiet bringen (Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck). Erreichen kann man das aber nur durch ein dichtes Kontrollnetz (z. B. Section Control). Es ist für einen Pkw-Fahrer, der bei 11 km/h zu viel (91 statt 80 km/h, vor 6 Jahren meine letzte Strafe) bereits 50 € zahlen musste, nicht einsichtig und widerspricht m. M. dem Gleichheitsgrundsatz, dass es anscheinend für Lkw einen „Nachsichtigkeitserlass“ gibt.

Mag. Gerhard Raudner, 8102 Semriach

Vorbild Brexit? – Das Gegenteil ist der Fall

„Dem Brexit werden weitere Austritte folgen“, Gastkommentar von Karl Socher, 21. 12. Prof. Socher irrt, wenn er meint, der Brexit wäre ein Vorbild für andere EU-Mitgliedsländer. Das Gegenteil ist der Fall. Im Vereinigten Königreich betreiben egoistische Eliten Management by Chaos und spielen mit dem Schicksal und Wohlstand ihres Landes. Kein Wunder also, dass sich – bei so einem Schreckgespenst – die Zu-

stimmungswerte in Sachen EU-Mitgliedschaft in den EU-27 positiv entwickeln. Darüber hinaus überraschen die faktischen Lücken im Gastbeitrag von Prof. Socher.

Dass er meint, die EU schreibe den Mitgliedstaaten die „Ehe für alle“ vor, und damit das Subsidiaritätsprinzip begründet, ist doch ziemlich verwegen und stimmt einfach nicht.

Von einer Gleichschaltung der Sozialpolitik kann ebenso wenig die Rede sein. Diese ist nationale Kompetenz. Dass der Euro – als erfolgreiche Währung – Schuld an etlichen europäischen Krisensituationen ist, hält einer genaueren Analyse nicht stand. Und auch dass irgendwelche „unnötigen Integrationsmaßnahmen“ von einer fernen Union bestimmt werden, entspricht nicht den Tatsachen.

Die im Beitrag zitierte „Zentralisierung“ der Union wäre praktisch schwer vorstellbar – bei einem EU-Budget von einem Prozent des EU-BIPs. Auf europäischer Ebene wird übrigens keine einzige Entscheidung getroffen,

ohne dass die EU-Mitglieder mit am Tisch sitzen. Das ist auch der Grund, warum etwa bei der gemeinsamen Migrationspolitik nichts weitergeht.

Wie wäre es also, einmal darüber zu schreiben, wie die EU besser gemacht werden kann, anstatt über etwaige negative Auswirkungen von vermeintlich frühzeitigen oder unterlassenen Integrationsmaßnahmen zu sinnieren? Mag. Paul Schmidt, Gen.-Sekr. Österr. Gesellschaft für Europapolitik, 1090 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte im Internet: DiePresse.com/debatte
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.